

# Energiewende: Widerstand von links bis rechts

Simonetta Sommaruga will den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. Mit ihren Plänen läuft sie einmal mehr auf

Andrea Kučera

Seit zwanzig Jahren streiten Naturschützer und die Kraftwerke Oberhasli AG über die Erhöhung der Staumauer am Grimsel. Die Betreiberin will mehr Strom aus dem Stausee gewinnen, die Umweltverbände monieren den Verlust eines Moors. Zweimal sind die Verbände mit ihrer Beschwerde bis vor Bundesgericht gezogen, das erste Mal ohne Erfolg, das zweite Mal mit. Jetzt muss der Kanton Bern über die Bücher, weil er den Schutz des Auengebiets im Richtplan nicht gut genug berücksichtigt hat. Der Ausbau des Kraftwerks ist um mehrere Jahre zurückgeworfen.

Solche «überlangen Verfahren» will Simonetta Sommaruga künftig verhindern. Damit der Ausbau der Erneuerbaren endlich vorankommt, hat die Energieministerin am 2. Februar die Beschleunigungsvorlage in die Vernehmlassung geschickt. Mit einem nationalen Konzept und einem konzentrierten Plangenehmigungsverfahren will sie erreichen, dass gegen Wasserkraft- und Windanlagen von besonders grosser nationaler Bedeutung nur noch einmal vor Bundesgericht gezogen werden kann. Sie sei überzeugt, sagte Sommaruga vor den Medien, dass sich so beträchtlich Zeit sparen lasse.

Nun zeigen Recherchen: Statt einer Beschleunigung könnte Sommarugas Plan gar eine Verlangsamung bringen. Dieser Meinung sind zumindest die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) sowie die Konferenz der kantonalen Baudirektoren

(BPUK), die diese Woche ihre gemeinsame Vernehmlassungsantwort publiziert haben.

Sie fällt vernichtend aus: «Aufgrund unserer konkreten Erfahrungen (und wegen der fehlenden Analysen) sind wir deshalb der Meinung, dass der vorliegende Gesetzesentwurf nicht oder nur sehr beschränkt zum gewünschten Ziel führt», schreiben EnDK und BPUK. «Wir befürchten im Gegenteil, dass die Rechtsunsicherheit insgesamt noch steigen könnte und die Verfahren für die meisten Anlagen sogar noch länger und schwieriger werden könnten als bisher.»

## «Zurück auf Feld eins»

Grundlage dieser Argumentation bildet eine Stellungnahme, die ein Rechtsanwalt der renommierten Anwaltskanzlei Kellerhals Carrard im Auftrag der Kantone verfasst hat. Martin Föhse kommt darin zum Schluss, dass konzentrierte Verfahren nicht zwingend zu einer Beschleunigung führten, da damit auch die Komplexität der Aufgabe steige. Zwar werde eine direkte Anfechtung von Konzept und Richtplan ausgeschlossen. «Aber das ist nur ein vermeintliches Abklemmen von Rechtsmittelwegen», sagt Föhse auf Anfrage. Denn am Ende des Verfahrens könne noch immer Beschwerde am Richtplan sowie zusätzlich neu am Konzept angebracht werden. «Im schlimmsten Fall ist man in der Planung zurück auf Feld eins.»

Föhse ist nicht irgendein Rechtsanwalt. Von 2011 bis 2015 leitete er den Rechtsdienst des Bundesamtes für Energie und war

JEAN-CHRISTOPHE BOTTI/KEYSTONE



**Energieministerin in der Defensive: Bundesrätin Simonetta Sommaruga weicht in Le Lignon im Kanton Genf eine Solaranlage ein.** (25. Februar 2021)

**Oh Wunder: Für einmal sind Kantone und Umweltverbände einer Meinung.**

als solcher für die rechtliche Umsetzung der Energiestrategie 2050 zuständig. Föhse betont denn auch, er teile das Anliegen der Beschleunigung der Verfahren. «So wie er jetzt daherkommt, bringt Sommarugas Vorschlag aber mehr Schaden als Nutzen.»

Die Vernehmlassung zur Beschleunigungsvorlage läuft noch bis zum 23. Mai. Bereits jetzt lässt sich sagen, dass der Energieministerin ein herber Gegenwind entgegenbläst. Denn die Kantone sind nicht die einzigen Akteure, die kaum ein gutes Haar an Sommarugas Plänen lassen. Auch der Gemeindeverband hat bereits Protest angemeldet.

Zum Teil ist die Kritik politisch begründet, denn mit dem bundesrätlichen Vorschlag verlieren die Gemeinden bei grossen Projekten ihre Rolle als Bewilligungsbehörde. «Gegen diesen unschweizerischen, zentralistischen Obergangsansatz wehren wir uns aus Prinzip und vehement», sagt Christoph Niederberger vom Gemeindeverband. Die Vorbehalte sind aber auch sachlicher Natur. Die Gemeinden monieren ebenfalls, dass die Vorlage die Realisierung neuer Anlagen gar zu verlangsamen drohe. Und selbst aus dem Kreis der Umweltverbände,

die Sommaruga grundsätzlich wohlgesinnt sind, gibt es dieser Tage kritische Stimmen: Es sei zu begrüssen, dass der Bund das Heft in die Hand nehme, schrieb die Umweltallianz am Freitag.

Das Grundproblem des Vorschlags sei aber die zu späte Prüfung der Umweltverträglichkeit, sagt Julia Brändle vom WWF: Würden alle Interessen frühzeitig einbezogen, seien Projekte besser akzeptiert und Verfahren effizienter. «So wie die Vorlage jetzt ausgestaltet ist, bedeutet sie diesbezüglich aber einen Rückschritt, da diese Aspekte erst im letzten Verfahrensschritt zum Tragen kommen.» Oh Wunder: Für einmal sind Kantone und Umweltverbände einer Meinung.

## Die Elcom eilt zu Hilfe

Die Kritik aus allen Ecken zeigt: Simonetta Sommaruga gerät mit ihren Projekten im Energiebereich zunehmend in die Defensive. Denn die Beschleunigungsvorlage ist nur ein Beispiel unter mehreren. Auch Sommarugas Plan für einen staatlichen Rettungsschirm für die systemrelevanten Stromkonzerne kommt schlecht an. Von den Parteien spricht sich nur die SP vorbehaltlos dafür aus. Kritisch sind auch

die Konzerne BKW, Alpiq und Axpo selbst, für die der Schirm gedacht ist. Bereits am Bröckeln ist zudem der am runden Tisch ausgehandelte Kompromiss zum Ausbau der Wasserkraft. Erste Beteiligte springen schon wieder ab.

Die Energieministerin hat schwierige Wochen vor sich. Den Rücken stärkt ihr dabei die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom): «Die Beschleunigungsvorlage ist eine wichtige Vorlage, die wir unterstützen», sagt Elcom-Präsident Werner Luginbühl. Er sei überzeugt, dass die Vorschläge zielführend seien und zu einer schnelleren Realisierung von Projekten führen könnten: «Wenn wir mit der Energiewende weiterkommen möchten, müssen wir einmal einen Schritt vorwärts machen.»

In Sommarugas Departement gibt man sich vordergründig gelassen. Auf Anfrage hält Sommarugas Sprecherin Annetta Bundi fest, der Bund könne sich nicht zu einzelnen Rückmeldungen äussern, solange die Vernehmlassung noch laufe. «Das Uvek wird die Stellungnahmen wie gewohnt auswerten und gestützt darauf dann die Botschaft zuhanden des Bundesrats und Verabschiedung an das Parlament erarbeiten.»

14.4.–6.6.2022

# SJÖHOLM-WOCHEN

Die exklusive Boxspringmarke bei Pfister!

**Pfister**  
Hallo VIELFALT

**10%\***  
auf die Marke  
Sjöholm

**SJÖHOLM**  
IT'S IN OUR NATURE

\* 10% auf das Sjöholm-Sortiment, gültig bis 6.6.2022. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen, nicht gültig für Services und bereits erteilte Aufträge. Als myPfister Member profitieren Sie von zusätzlichen 2% Bonus.

 pfister.ch